

Positionen des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) zur Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung vom 6. Oktober 2010

Als Vorsitzender des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) begrüße ich die Absicht der Bundesregierung, durch die Entwicklung einer Nationalen Engagementstrategie die vielfältigen Bemühungen Einzelner wie auch sozialer Gruppen, ihren Beitrag für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl zu leisten, stärker zur Kenntnis zu nehmen und zu unterstützen. Das im Oktober 2010 vorgelegte Konzept weist deshalb auch eine Reihe positiver und interessanter Punkte auf. Einige wichtige sind jedoch nur unzureichend ausgeführt oder fehlen ganz.

In diesen ersten Anmerkungen greift der bap als nationale Plattform der Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung einige dieser Aspekte heraus:

Engagement und Bildung

Wir teilen die Einschätzung, dass Engagement mit gesellschaftlichem Bezug auch immer eine gute Gelegenheit ist, sich selbst in informeller Weise zu bilden. Die Annahme, dass Engagement gewissermaßen von selbst kommt und nur unterstützt werden muss, ist nur begrenzt belastbar. Es bedarf vielmehr auch aus der Gesellschaft heraus gezielter Bemühungen zum Engagement zu motivieren und die Menschen in ihrem Engagement zu begleiten. Gezielte Maßnahmen von informeller und nicht-formaler Bildung sind angebracht. Für die Träger von Angeboten der Politischen Bildung ist es selbstverständlich, Menschen nicht nur über gesellschaftliche und politische Themen zu informieren, sondern sie vielmehr zu eigenen Aktivitäten und längerfristigem Engagement zu motivieren. Auch viele andere Bildungsträger und Initiativen sind in diesem Sinne aktiv.

Engagement und Politik

Die Engagementstrategie legt ihren Schwerpunkt auf die Aktivitäten von Menschen für die Gesellschaft - gewissermaßen auf die soziale Dimension des Zusammenlebens. Die Engagementfelder mit ausdrücklichem politischem Bezug kommen dabei erheblich zu kurz. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Aktionsgruppen, Bürgerinitiativen, Kampagnen oder Online-Petitionen mag zwar aus staatlicher Sicht nicht immer angenehm sein, stellt aber das Salz in der Suppe der Demokratie dar. Für die Demokratie ist es schwer genug, ihre Grundlagen immer wieder zu regenerieren und die Bürgerinnen und Bürger zu aktivem Tun zu bewegen. Wenn eine jüngst veröffentlichte Studie meldet, dass Deutschlands Parteien dramatisch altern, ist das auch ein Alarmzeichen für den Grad an Engagement in und für Politik. Auch wenn sich die Formen des Engagements wandeln, werden wir um die gezielte Förderung von politischem bürgerschaftlichen Engagement für die Demokratie nicht herumkommen.

Engagement und Staat

Die Gesellschaft lebt aus der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich nicht nur für die eigenen Interessen einzusetzen, sondern auch darüber hinaus einen Beitrag für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl zu leisten. Es ist selbstverständlich, dass auch der Staat dieses Engagement anerkennt, durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen unterstützt

und auch unter Wahrung von Identität und Eigenart des Engagements fördert. Kritisch zu bewerten ist aber die deutliche Präsenz staatlicher Einrichtungen und Stellen in weiten Teilen des operativen Feldes und ihr Eigenengagement. Staatlich initiierte Maßnahmen wie die Partizipationsprojekte für Jugendliche oder der Aufbau eines bundesweiten Netzwerks von Akteuren aus der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit agieren an den vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen und Akteuren Politischer Bildung vorbei und ignorieren die Kompetenzen der gesellschaftlichen Bildungsträger. Auch in diesem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements gilt das Subsidiaritätsprinzip: Initiativen, Vereine und Verbände sollten geachtet und gefördert werden, bevor der Staat selbst aktiv wird.

Engagement und Strukturen

Die Absicht der Bundesregierung ihre eigenen Aktivitäten aus den verschiedenen Ressorts zu bündeln und koordiniert zu bearbeiten, ist zu begrüßen. Grundsätzlich sollen geeignete Rahmenbedingungen für das Engagement geschaffen und erhalten werden. Die Aktivitäten beschränken sich aber nicht auf diese Absicht, sondern die im Teil B unter „Antworten“ aufgeführten Beispiele gehen weit über die Schaffung von Rahmenbedingungen hinaus und greifen an einer Reihe von Stellen in die Arbeit der bürgerschaftlichen Akteure ein. Auch wenn unter Beachtung der Zuständigkeiten „Modellprojekte“ initiiert werden, sollten sie so angelegt sein, dass im Vordergrund die Bürgerinnen und Bürger stehen und nicht die staatlichen Stellen. In den vergangenen Jahren wurden auf diesem Weg im Rahmen von Projektförderung Netzwerkstrukturen aufgebaut, die keinen Sitz im Leben haben, weil sie einzig wegen des Projekts entstanden sind. Strukturen, die das Engagement fördern, fördern und stützen, sind nötig und auch vorhanden. Diese bürgerschaftlichen Initiativen sind auch schon vernetzt. Für die Politische Bildung leistet diese Vernetzung der Bundesausschuss Politische Bildung (bap).

Engagement und politische Bildung

Auch wenn in der Strategie die Politische Bildung genannt wird, fehlen wesentliche staatliche Bemühungen zur Unterstützung des Engagements. Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) als Hauptinstrument der Jugendhilfepolitik des BMFSFJ hat nicht nur als Ziel, dass „junge Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten, ihre Rechte wahrnehmen und ihrer Verantwortung in Gesellschaft und Staat gerecht werden können“, sondern auch die Förderung von Partizipation und eines demokratischen Wertebewusstseins und Verhaltens als Beitrag zur Sicherung der demokratischen Grundlagen des Gemeinwesens. „Kinder und Jugendliche sollen befähigt werden, sich an der Gestaltung des sozialen Zusammenlebens und politischer Prozesse zu beteiligen. Ihnen soll Gelegenheit gegeben werden, in demokratischer und sozial verantwortlicher Weise ihre Interessen in institutionelle und informelle Formen der Beteiligung einzubringen. Die Verbindung von Lernen und Handeln soll genutzt werden, um Kinder und Jugendliche zur Gestaltung ihrer Zukunft zu befähigen“ (Quelle: KJP). Wenn die Strategie alle Aktivitäten der Regierung bündeln will, muss dieser Absicht ebenso Erwähnung finden wie einzelne KJP-Programme z.B. zur Politischen Bildung oder zur Jugendverbandsarbeit. Es kann nicht darum gehen, dass immer wieder neue Leitziele für dieses Förderinstrument formuliert werden- wie jetzt mit dem „Leitziel bürgerschaftlichen Engagement“ vorgeschlagen, sondern es ist erforderlich, sich auf die Ursprünge und Hauptziele solcher Förderinstrumente zu besinnen.

Diese Anfrage gilt auch für andere Ressorts wie das Innenministerium, das die politische Erwachsenenbildung freier Träger durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) fördert. Während von dieser ein neues „Netzwerk (S.69) von Akteuren aus der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit“ aufgebaut werden soll, wird das vorhandene Netzwerk durch die in den nächsten Jahren vorgesehenen Kürzungen bei der Förderung der bürgerschaftlichen Träger eingemacht.

Zum Abschluss noch zwei Anregungen:

Vorschlag für ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Politik

Der bap begrüßt den Ausbau und die Förderung der Freiwilligendienste im Rahmen der Engagementstrategie. Angesichts des gesteigerten Interesses an Freiwilligendiensten wäre es erfreulich, wenn die stärkere Unterstützung insbesondere der Jugendfreiwilligendienste einen Auf- und Ausbau eines Freiwilligen Sozialen Jahres in der Politik - analog z.B. zu den „Freiwilligendiensten junger Menschen im Sport“ - zum Ziel hätte. Ein Freiwilligendienst mit politischer Dimension würde die Jugendlichen dazu anregen, selbst aktiv zu werden und politisch zu handeln, Politik und politische Prozesse verstehen zu lernen, durch aktive Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesens teilzuhaben, Strukturen, Aufgaben und Arbeitsabläufe in politisch relevanten Institutionen kennenzulernen und mitzuwirken, Respekt und Toleranz gegenüber den Haltungen Anderer zu gewinnen und geregelte Konfliktbewältigung und Verfahren zum Interessenausgleich kennenzulernen und einzuüben. Auch in bereits bestehenden Freiwilligendiensten sollte der Aspekt der politischen Dimension stärker Berücksichtigung finden.

Vorschlag für eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit nach dem Beispiel der Europäischen Jugendstrategie

Auch wenn es sich um eine Nationale Engagementstrategie handelt, schlagen wir vor, dass für das Engagement und dessen Förderung auch immer grenzüberschreitende und internationale Aspekte berücksichtigt werden. Auch von dort können viele Impulse für das Engagement kommen.

Am Beispiel einer europäischen Engagement-Initiative, die auch im Papier erwähnt wird, ist dies leicht ersichtlich. Ende des Jahres 2009 haben die Jugendminister der EU eine Europäische Jugendstrategie beschlossen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat diesen Beschluss in Form einer nationalen Initiative aufgegriffen und mit einer Reihe von Schritten auf den Weg gebracht. Im Rahmen der europäischen jugendpolitischen Zusammenarbeit verfolgt das BMFSFJ u.a. folgendes Ziel: Förderung des gesellschaftlichen Engagements, der sozialen Eingliederung und der Solidarität aller jungen Menschen mit den Handlungsfeldern Teilhabe, Freiwilligentätigkeit, Förderung der sozialen Integration und Partizipation junger Menschen, insbesondere aus besonders gefährdeten Gruppen sowie der Stärkung des freiwilligen Engagements als Lernfeld für mehr Eigeninitiative und Schlüsselkompetenzen. Verbunden wird dies mit einem strategischen Vorgehen ähnlich der Engagementstrategie unter anderem mit den Prämissen: nicht zufällig tätig werden oder in unverbundenen Einzelevents. Vielmehr gilt es alle jungen Menschen, auch benachteiligte Jugendliche, zu beteiligen. Europa soll mit der Lebenswelt von Jugendlichen vor Ort verbunden werden. Eine vom BMFSFJ eingerichtete nationale Arbeitsgruppe unterstützt die Weiterentwicklung bestehender Beteiligungsverfahren, Implementierung neuer Beteiligungsformate, Anbahnung und Sicherstellung des Dialogs zwischen Jugend und Europa. Weitere Maßnahmen unterstützen und begleiten dieses Vorgehen und werden längerfristig angelegt durchgeführt.

Es wäre wünschenswert, wenn auch andere Engagementfelder mit ihren internationalen Bezügen in gleicher Systematik und Intensität verfolgt und alle Potentiale aus der Zusammenarbeit der Bürgergesellschaft genutzt werden würden.

Lothar Harles
bap-Vorsitzender

Bonn, 20.12.2010

Kontakt Daten: Bundesausschuss Politische Bildung (bap) c/o AKSB, Heilsbachstr. 6, 53123 Bonn - Tel. 0228-2892940 E-Mail: vorstand@bap-politischebildung.de
www.bap-politischebildung.de – www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de